

Alte Pfründe: Steuermillionen für die Kirchen

Anmoderation Anja Reschke:

Also wissen Sie, die nächsten Jahre werden irgendwie freudlos. Die Wirtschaftskrise hat uns jetzt schon soviel Geld gekostet, der Staat ist derart verschuldet, da gibt es nur noch eins: SPAREN. Wo es geht, wird gestrichen. Nur eins ist heilig – die Kirche. Geschätztes Gesamtvermögen fast eine halbe Billion Euro. Na gut denkt man, schön für die Kirche, aber was hat das mit dem Staat zu tun? Schließlich haben wir vor gut 200 Jahren diese beiden Systeme mühevoll von einander getrennt. Aber so richtig sauber ist man da wohl nicht vorgegangen. Denn bis heute zahlt jeder Bürger – egal ob Christ, egal ob Mitglied oder nicht – ganz ordentlich für die Kirche mit. Und ich spreche hier nicht von der Kirchensteuer. Tamara Anthony und Johannes Edelhoff über Millionenhilfe für die Kirche.

Im bayerischen Dorf Laudenbach formiert sich eine Rebellion. Die Dorfbewohner wollen nicht mehr die Rechnungen von der Kirche zahlen – Rechnungen wie aus dem vorletzten Jahrhundert. Der Bürgermeister hat sogar ein neues Vokabular gelernt, um den ursprünglichen Inhalt der Rechnungen zu verstehen.

O-Ton

Franz Hain,

Zweiter Bürgermeister Laudenbach:

„Das sind 4 Raummeter Buchenscheit Klasse A und 4 Raummeter Buchenscheit Klasse B inklusive der Fracht, in Geld umgerechnet sind das 438 Euro und 85 Cent.“

Brennholz für den Pfarrer – schriftlich fixiert im Jahr 1893. Bis heute schickt die Kirche dem Bürgermeister dafür Rechnungen. Doch seit anderthalb Jahren will der nicht mehr zahlen.

O-Ton

Franz Hain,

Zweiter Bürgermeister Laudenbach:

„Dass wir heutzutage immer noch dieses Geld nach diesem alten Recht bezahlen, finden wir nicht für richtig, weil wir ja seit 1982 keinen eigenen Seelsorger mehr haben im Dorf.“

Ein Dorf ohne Pfarrer, gezahlt werden soll trotzdem. Hier ist es Brennholz, in Nachbargemeinden sind es Erbsen, Weizen oder Linsen. Pfründeschungel – nicht nur in der Provinz. Auch im Haushaltsplan Bayern finden sich solche Zahlungen an die Katholische Kirche. Ein Etattitel etwa, die sogenannten „Reichnisse“, also das Geld für Brennholz, Erbsen, Linsen. Allein dafür sind heute 586 691 Euro und 08 Cent fällig.

O-Ton

Carsten Frerk,

Politologe:

„Es gibt in Deutschland eine Vielzahl von Subventionen, man könnte beinahe von einem Dschungel reden, so viele sind es, die teilweise seit 200 Jahren bestehen, wahrscheinlich gibt es sogar noch ältere Verträge, und die heute noch munter weiter existieren und auch bezahlt werden müssen.“

Auch wenn vor Jahrhunderten in Deutschland Kirche und Staat getrennt wurden, viele alte Verträge mit Fürsten und Herzogen haben bis heute überlebt.

Gottesdienst in München vor ein paar Wochen. Auch diese Feier – massiv gesponsert vom Staat. Denn viele Gehälter von Geistlichen finanziert der Steuerzahler. Allein für jeden Bischof rund 100.000 Euro im Jahr. Und auch das Amtsgefolge wird bedacht. So zahlt der Freistaat jährlich für 7 Erzbischöfe und Bischöfe, 12 Weihbischöfe, 14 Dignitäre, Hunderte Seelsorger. Die Liste ist lang. Für Gehälter Pensionen usw. kassiert die Kirche insgesamt 61.478.551,89 € allein in Bayern. Die Begründung lässt tief blicken:

O-Ton

Peter Beer,

Erzbistum München/Freising:

„Also drauf zu rekurrieren, es wäre ungerecht, dass allgemeine Steuermittel für eine spezielle Gemeinschaft verwendet werden, lässt sich in vielen anderen Bereichen auch genauso sagen. Sie zahlen auch den Abgeordneten, den sie nicht gewählt haben.“

Gleichsetzung mit Abgeordneten? Die Kirche sieht sich offenbar immer noch als Teil des Staates. Und kassiert beim Steuerzahler. So gut wie überall in Deutschland. Carsten Frerk hat das Finanzgeflecht zwischen Kirche und Staat entworfen.

O-Ton

Carsten Frerk,

Politologe:

„Aufgrund dieser alten Rechtstitel zahlen die Bundesländer, also ohne Städte, ohne Gemeinden, rund 400 bis 420 Millionen Euro pro Jahr an die Kirchen.“

Ursprung der meisten Zahlungen: Das Jahr 1803, die gewünschte Trennung zwischen Kirche und Staat, die sogenannte Säkularisation durch Napoleon. Damals verloren die Bischöfe Macht und Ländereien. Sie wurden enteignet. Die Fürsten sicherten der Kirche eine vertragliche Entschädigung zu, nicht einmalig, sondern regelmäßig. Die Logik dahinter: hätte die Kirche damals ihre riesigen Landgüter behalten, hätte sie ja auch heute noch Einnahmen daraus.

O-Ton

Fridolin Keck,

Generalvikar, Erzdiözese Freiburg:

„Der Staat zahlt ja im Grunde den Erlös aus von den Gütern, die er der Kirche gewissermaßen eingezogen hat.“

O-Ton

Ludwig Schick,

Erzbischof Bamberg:

„Das hängt mit der Geschichte zusammen, die Säkularisation hat eben der Kirche alle Güter, womit sie sich selbst unterhalten konnte, weggenommen, der Staat hat sie behalten.“

Frage

Panorama:

„Warum wird denn jemand, der von Napoleon enteignet wurde, besser gestellt, als solche, die zum Beispiel nach dem ersten oder zweiten Weltkrieg enteignet wurden?“

O-Ton

Peter Beer,

Erzbistum München/Freising:

„Ich denke, man kann nicht alles in einen Topf werfen und je allgemeiner die Begriffe sind, alles darunter subsumieren. Das Prinzip bleibt immer das Gleiche: Nämlich der Frage, welche Leistungen erbringt jetzt eine Gemeinschaft, die enteignet wurde.“

Die Leistungen der Kirche – immer wieder eine Rechtfertigung für die Uralt-Zahlungen. Doch was die Kirche gern verschweigt, Leistungen wie Kindergärten, Krankenhäuser und Pflegeheime werden vom Staat noch extra bezahlt.

Also: Das Geld aus den Uralt-Verträgen kommt obendrauf, etwa in Schleswig-Holstein. Hier hat der Rechnungshof nachgerechnet: Rund 11 Millionen Euro überweist das Land pro Jahr an die Kirche – vor allem für die Pfarrer.

O-Ton

Aloys Altmann,

Präsident Landesrechnungshof Schleswig-Holstein:

„Wir können der Landesregierung nicht vorschreiben, wie hoch sie die Beträge festlegt. Wir sind allerdings bei allen Ausgaben, die das Land generiert, der Auffassung, sie müssen unserer Haushaltslage gerecht werden, und bei der Kirche haben wir das Gefühl, dass wir da ein bisschen zu großzügig sind.“

Die Großzügigkeit hat System. Nur wenige Politiker wagen sich an diese Pfründe. Etwa der Haushaltspolitiker Günter Neugebauer. Lange hat er nach Mitstreitern gesucht – vergeblich.

O-Ton

Günter Neugebauer, SPD,

Landtagsabgeordneter Schleswig-Holstein:

„Natürlich gehört Mut dazu, auf entsprechende geschichtliche Veränderungen hinzuweisen. Und natürlich haben auch Kolleginnen und Kollegen Angst davor, dass sie vor ihren, der Kirche näher stehenden Wählern abgestraft werden.“

Angst vor der Macht Kirche. Da schreckt auch der Gesetzgeber zurück. Obwohl die Politik sogar per Grundgesetz verpflichtet ist, zu handeln. Im Artikel 140 geregelt: „Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften werden (...) abgelöst.“

Warum aber passiert das nicht? Immerhin schreibt sogar die Verfassung Handlungsbedarf vor. Nachfrage bei den Kirchenexperten der Fraktionen im Bundestag.

Frage

Panorama:

„Warum gehen Sie dieser Verpflichtung bisher nicht nach?“

O-Ton

Hans-Michael Goldmann, FDP,

Bundestagsabgeordneter:

„Also erstens war sie mir nicht so bekannt, muss ich ganz ehrlich sagen, weil, wie gesagt, in meiner politischen Arbeit ist sie mir nicht begegnet, und sie ist wohl auch anderen Menschen in unserer Gesellschaft nicht so ein brennendes Problem, sonst wäre sie mir ja begegnet.“

Frage

Panorama:

„Sehen Sie denn da ein Problem?“

O-Ton

Kerstin Griese, SPD,

Bundestagsabgeordnete:

„Bisher ist mir noch kein Problem in dem Zusammenhang begegnet.“

Bei der Union hat man sich immerhin Gedanken gemacht. In der christlichen Partei will man es mit der Trennung von Kirche und Staat offenbar nicht übertreiben.

O-Ton

Norbert Geis, CSU,

Bundestagsabgeordneter:

„Da mögen irgendwelche alten Rechtstitel existieren, die mögen auch ihren Grund haben, aber für mich liegt die Verpflichtung des Staates, der Kirche Zahlungen zu leisten, nicht in diesen alten Rechtstiteln, sondern in dem Verhältnis von Kirche und Staat, so wie wir es in Deutschland vorfinden, und so, wie wir es auch erhalten wollen.“

So ganz freiwillig zahlen wohl nicht alle Politiker. Etwa hier in Bühl in Baden-Württemberg. Die Stadt soll rund 500.000 Euro berappen für eine neue Innengestaltung der Pfarrkirche – auch hier aufgrund eines Uralt-Vertrages.

O-Ton

Elisabeth Beerens,

Stadtsjuristin Bühl:

„Das ist etwas, was mir persönlich einfach schwer fällt, die Verhältnisse von 1868 mit den heutigen Verhältnissen gleichzusetzen. Wir hatten damals hier im Badischen einen Großherzog. Von diesen Welten sind wir sehr weit entfernt.“

So weit entfernt wohl doch nicht. Denn offenbar zählen die historischen Archive manchmal mehr, als der Geist des Grundgesetzes. Alleingelassen von der großen Politik kämpfen die Stadtvertreter gegen die Überreste des Kirchenstaates.

Frage

Panorama:

„Wie lange sollen die Länder denn noch zahlen? Bis in alle Ewigkeit?“

O-Ton

Fridolin Keck,

Generalvikar, Erzdiözese Freiburg:

„Das weiß ich im Augenblick nicht. Ich würde mal so sagen, mindestens mal so lang, wie wir keinen anderen Weg kennen, und die Aufgaben zu finanzieren, die mit diesen Lasten verbunden sind.“

Bericht: Tamara Anthony, Johannes Edelhoff

Schnitt: Pedro Franco, Swantje Kammann